

# Protokoll der Fortsetzung der Online-Vollversammlung der FU-Studierenden am 28.04.2021

## Inhalt

|  |          |
|--|----------|
| <b>Tagesordnung</b> .....  | <b>1</b> |
| <b>Resolutionen, die vom 07.04. übrig sind</b> .....                                 | <b>2</b> |
| Resolution: Studieren mit Kind(ern) .....  | 2        |
| Redebeitrag Initiative Intersektionales Lehramt .....                                | 2        |
| Resolution: Planung von Aktionen und Gründung eines Aktionskomitees:.....            | 2        |
| Resolution: Wie erreichen wir unsere Forderungen?.....                               | 3        |
| <b>Resolutionen, die neu eingebracht werden</b> .....                                | <b>4</b> |
| Resolution: Klimagerechtigkeit an der FU .....                                       | 4        |
| Resolution: Bessere Studienbedingungen im Onlinestudium .....                        | 5        |
| Resolution zur Unterstützung des Briefs der Initiative intersektionales Lehramt..... | 6        |
| Resolution gegen Schikane.....   | 6        |
| <b>Raum für offene Diskussion und Vernetzung</b> .....                               | <b>6</b> |
| Kritik am Bafög.....   | 6        |
| Personalrat der studentischen Beschäftigten .....                                    | 7        |
| Deutsche Wohnen Enteignen FU-Gruppe:.....  | 7        |
| Hochschulpolitisches Engagement: .....   | 7        |

## Tagesordnung

1. Welcome Back und Wrap Up vom 07.04.
2. Vorstellung und Anpassung der Tagesordnung
3. Resolutionen, die vom 07.04. übrig sind (Resolution B, F, J)
4. Resolutionen, die neu eingebracht werden (Resolutionen I, K, ...)
5. Raum für offene Diskussion und Vernetzung

**Abstimmung der Tagesordnung und der Moderation: 55/88 Zustimmung, 0/88 Ablehnung, 7/88 Enthaltung 22/88 Keine Antwort -> angenommen**

## Resolutionen, die vom 07.04. übrig sind

### Resolution: Studieren mit Kind(ern)

Hintergrund ist die Mehrbelastung durch Betreuung im Homeschooling. Forderungen siehe Resolution.

**Abstimmung: Zustimmung 48/85, Ablehnung 0/85, Enthaltung 17/85, Keine Antwort 20/85**

### Redebeitrag Initiative Intersektionales Lehramt

Zusammenschluss von Lehramtsstudierenden angesichts der Zustände in der Onlinelehre. Bisher passiert viel Arbeit auf Social Media und nun ging ein Brief mit Schilderung von Diskriminierungserfahrungen an das Präsidium. Zukünftig sollen sich Lehrkräfte mit Herrschaftsstrukturen auseinandersetzen (Dozierende und Studis). Machtstrukturen werden an der Uni gefördert, das muss aufgebrochen werden.

Forderungen:

- Stoppen der Verwässerung von echtem antirassistischem Handeln durch den Diversity-Begriff
- Fortbildung von Dozierenden zu Kolonialismus und Rassismus
- Reevaluation von Lehrmaterial unter Gesichtspunkten des Antirassismus
- Mindestens ein obligatorisches Modul zu Antirassismus in der Lehramtsausbildung

Gesamter Brief: <https://initiative-intersektionales-lehramt.de>. Unterstützung ist gebraucht: Brief lesen, teilen, verbreiten!

Wortbeiträge zum Brief und den Forderungen:

- Triggerwarnung für Auseinandersetzung mit Rassismus an der Uni wäre eine wichtige Forderung.
- Antwort: Vier Forderungen sind nicht die einzigen, Triggerwarnung für Inhalte, die sich um Rassismus drehen wird aufgenommen.
- Nachfrage zum Diversity Begriff- was ist damit gemeint? Forderung nach einem Modul, das sich allgemein mit Diskriminierung in der Pädagogik auseinandersetzt statt nur mit Rassismus.
- Antwort: Diversity Begriff soll aufgebrochen werden, weil antirassistisches Handeln nicht so funktioniert, wie feministisches Handeln bspw. Wir handeln nicht "divers". Koloniale Kontinuitäten sind so präsent, dass ein eigenes Modul in jedem Fall notwendig ist. Das ist die Voraussetzung für eine gerechte Gesellschaft.

### Resolution: Planung von Aktionen und Gründung eines Aktionskomitees:

Eingereicht von der Gruppe „Klassen gegen Klasse“

Hintergrund ist die Resolution, die auf der vorherigen VV abgestimmt wurde (aufgrund der Pandemiesituation, gegen die Ausgangssperre, für den Shutdown der nicht-essenziellen Sektoren mit Lohnausgleich). Die Resolution soll durchgesetzt werden, indem wir auf die Straße gehen und uns vernetzen, Aufruf der VV zur Teilnahme am Enteignungsblock auf der 1. Mai Demonstration.

Forderung: Aktionskomitee, in dem Studis sich verbinden können und die Forderungen umsetzen, sowie verbreiten können. Das Komitee bereitet VVs vor, unterstützt vom AStA, hochschulübergreifende Vernetzung wird vorangetrieben.

Wortbeiträge zur Resolution:

- Wie landen diese Forderungen beim Präsidium? Druck ausüben auf die FU! (Änderungsantrag: Die Forderungen sollen an das Präsidium der FU gestellt werden um direkten Druck auf das Präsidium zu machen.-->angenommen)
- Die Mail darf vom AStA nicht ohne Weiteres verschickt werden, Antrag beim Präsidium wäre nötig (Änderungsantrag (sinngemäß): Der AStA soll beantragen eine Mail an alle Studis zu schicken--> angenommen) . Außerdem ist der ZeroCovid Aktionstag bereits vorbei (Änderungsantrag: Forderung nach Teilnahme am Aktionstag streichen--> angenommen)
- Sehr guter Vorschlag, Forderungen sollten ans Präsidium gestellt werden, allerdings wäre die 1. Mai Demo auch eine gute Gelegenheit dafür. Auch vor dem Roten Rathaus haben die Forderungen Wirkmacht (richtige Ansprechpersonen), besonders wegen der Haushaltsplanung--> Adressaten sitzen im Berliner Senat, also kann dort sehr gut Druck ausgeübt werden. Großes Mobilisierungspotenzial, im Anschluss wären weitere gemeinsame Demos der Hochschulen denkbar.
- AStA sollte vor allem unterstützend wirken, während das Komitee hauptsächlich die Organisation übernimmt
- Antwort: keine Zustimmung, da AStA als politische Vertretung direkt an den von Studierenden organisierten Aktionen zu beteiligen ist, Forderung nach Unterstützung zu allgemein

Änderungsantrag (Komitee organisiert, Asta unterstützt) angenommen: 34 ja, 12 nein, von 81

**Resolution mit Änderungsantragangenommen 43 ja, 9 nein, 11 Enthaltungen von 81**

## Resolution: Wie erreichen wir unsere Forderungen?

Eingereicht von der Gruppe „Marxistische Studierende“

Vorstellung der Resolution: Zustimmung zur vorherigen Resolution; Umsetzung durch klare Formulierung und Adressierung, aber auch Kampf organisieren, Verantwortung dafür liegt beim AStA (hat Ressourcen, vertritt die Studierenden), Appell an die Gewerkschaften zur Organisation von Streiks, um Arbeitsplätze zu erhalten

Forderungen: nach einer großen Demo aller Berliner Unis, Vollversammlung aller Bewohner:innen von Wohnheimen (Mietenstreik), kostenlose Tests und Masken für alle Studierenden und Beschäftigten, Aussetzung der Prüfungsleistungen (Mobilisierung zu einem Prüfungstreik durch den AStA)

Wortbeiträge:

- Anmerkung von AStA-Person: eher das Aktionskomitee, das vom AStA unterstützt wird, als den Asta direkt beauftragen
- - > Änderungsantrag: AStA durch Aktionskomitee ersetzen

- Aufgaben auf breitere Basis stellen, nicht an wenige Personen im AStA delegieren, politische Vernetzung im Aktionskomitee; dem AStA sind in allgemeinpolitischen Fragen teilweise die Hände gebunden
- strategisch klüger, viele Menschen zu erreichen; AStA unterstützt studentisch organisierte Projekte, mehr Basisarbeit
- Ablehnung des Antrags, da merkwürdiges Politikverständnis, Organisation von unten mit einem Aktionskomitee, statt Aufgaben an gewählte Institutionen abzugeben
- trotzdem Unterstützung durch den AStA
- Anmerkung „Klasse gegen Klasse“: Idee des Aktionskomitees für Austausch und Basisorganisation, aber AStA soll die Arbeit mit organisieren, die Forderungen durchsetzen, keine Dualität zwischen Aktionskomitee und AStA
- Anmerkung „Marxistische Studierende“: AStA soll die Aktionen organisieren, nicht die Arbeit allein machen; AStA hat finanzielle und organisatorische Ressourcen zur Mobilisation etc., Aufgabe des AStA ist die Vertretung der Studierendeninteressen, nicht nur Mittel verwalten, für Basisdemokratie, Kritik an mangelnder Aktivität des AStA
- Anmerkung AStA: versteht Forderung nach Unterstützung, Nutzung von Ressourcen; AStA hat sich während der Pandemie für die Studierenden eingesetzt (Freiversuche, Regelstudienzeit, Prüfungen, Arbeitsaufwand)
- Anmerkung „Marxistische Studierende“: wie sollen Kämpfe geführt werden? - persönliche Gespräche mit dem Präsidium und dem Senat oder Mobilisierung der Studierenden - AStA hat Hintergrundgespräche geführt, aber wenig zur Mobilisierung beigetragen, vom AStA Erreichtes ist gut, aber reicht noch lange nicht aus
- sicherstellen, dass sich der AStA sich damit beschäftigt, auch wenn Aufwand entsteht; wichtige (finanzielle) Forderungen

Änderungsantrag (AStA durch Aktionskomitee ersetzen) angenommen: 33 ja, 18 nein, 12 Enthaltungen von 77

**Resolution mit Änderungsantrag angenommen: 35 ja, 10 nein, 13 Enthaltungen von 73**

Wortbeitrag: trotz der Änderungen müssen AStA und Aktionakomitee ihr gegenseitiges Verhältnis klären und transparent machen, weiter zusammenarbeiten

## Resolutionen, die neu eingebracht werden

### Resolution: Klimagerechtigkeit an der FU

Eingericht von „FU for Climate Justice“

Vorstellung der Resolution: Reale Mitbestimmung von Studierenden an der Universität, Schritte die Nachhaltigkeit unternommen werden sollen transparent sein; Infragestellung der Strategie der FU zur Ermöglichung der Klimaneutralität; Kritik daran, dass der Fond zur Einhaltung der Klimaneutralität vom Präsidium bestimmt wird und das die Aufgabe der Klimaneutralität an unbezahlte Studierende übertragen werden soll

**Resolution angenommen: 45 ja, 0 nein, 4 Enthaltungen von 57**

## Resolution: Bessere Studienbedingungen im Onlinestudium

Eingereicht vom Arbeitskreis Hochschulpolitik

Vorstellung der Resolution: Arbeitspensum in Seminaren soll reduziert werden und wöchentliche Aufgaben verboten werden; Ermöglichung von Strukturen, die Studierende unterstützt und Schikane vermeidet und bessere Vernetzung unter Studierenden ermöglicht; Umschaltung auf sicherere Streaming-Tools; Studierende sollen in die weitere Planung der Lehre miteinbezogen werden

Wortbeiträge:

- Arbeitspensum im Studium viel zu hoch und in der Pandemie gestiegen, keine Mensen, zusätzliche Belastung durch Kochen, Reduktion auf weniger als die Hälfte der Sitzungen
- -> Änderungsantrag, dass Arbeitspensum noch stärker zu minimieren (R): Das Arbeitspensum und Lesepensum muss drastisch minimiert werden (auf 7 Sitzungen); Minderung der Anforderungen bei Klausuren
- Kritik am Änderungsantrag, dass live-Sitzungen Studierenden Struktur und Austausch ermöglichen, und deshalb nicht minimiert werden sollen; Forderung soll zwar Berücksichtigung finden, aber nicht obligatorisch für alle sein
- Zustimmung zur Kritik am Änderungsantrag, da die Forderungen bereits in der Resolution enthalten sind
- weitere Zustimmung, dass die Anwesenheitspflicht nicht obligatorisch sein muss, Sitzungen aber angeboten werden sollen (wie in der eigentlichen Resolution gefordert); Die Veranstaltung von Sitzungen von Dozierenden soll verpflichtend sein
- Struktur der Seminare sollte erhalten bleiben, da Studierende sich so mit Dozierenden austauschen können,
- Plädoyer für Minderung der Anforderungen und Pflicht, anwesend zu sein und Texte gelesen haben zu müssen
- Ergänzungsantrag, dass Live-Seminare von Dozierenden verpflichtend angeboten werden müssen und sie sich um einen Austausch zu Studierenden bemühen müssen
- Machtmissbrauch in der Resolution wird zu unkonkret definiert, da Dozierende unverantwortlich mit Abgabefristen umgegangen sind; Flexible Abschlusstermine sollen gewährleistet sein, Ergänzungsantrag
- aktuell finden landesweit die Verlängerung der Fristen statt, das ist jedoch unkonkret formuliert und liegt in der Hand der Dozierenden
- Zustimmung, da aktuell nicht die selbe Leistungsfähigkeit von Studierenden und Schüler:innen erwartet werden kann; Die Flexibilität und Verantwortung der Dozierenden muss überprüfbar sein mit einem Kontrollgremium -> wie das umgesetzt werden soll
- zum Punkt der Schikane, aus eigener Erfahrung der Studentin gehen Dozierende und Studierende nicht verantwortungsbewusst mit Prüfungsleistungen (von Studierenden mit Behinderungen)
- Manche Änderungsvorschläge wurden in die Resolution aufgenommen, der Rest wird über Ergänzungsantrag abgestimmt

Änderungsantrag (Reduzierung der Sitzungen) wurde abgelehnt: 13 dafür, 21 dagegen, von 54

Änderungsantrag (Nachteilsausgleich) wurde angenommen, 22 ja, 3 nein, 14 Enthaltungen, von 52

Ergänzungsantrag: Flexible Fristen sollen bis Ende des Digital-Unterrichts anhalten, wurde angenommen: 35 dafür, 0 dagegen, 3 Enthaltungen

**Resolution mit Änderungsantrag wurde angenommen: 31 dafür, 1 dagegen, 7 Enthaltungen**

## Resolution zur Unterstützung des Briefs der Initiative intersektionales Lehramt

Wortbeiträge:

- Unterstützt die Resolution, da Antidiskriminierung eine Aufgabe für alle Studierende ist; FU baut gerade eine Initiative zum "Diversity Controlling" auf, was zur Profilierung dient und nicht für tatsächliche Verbesserung von Bedingungen
- Nachfrage, ob sich das an alle Dozierende richtet, Ergänzungsantrag: Gelder sollen bereitgestellt werden, um anti-rassistische Schulungen in Kursen anbieten zu können

Änderungsantrag zur Ergänzung von anderen Diskriminierungsformen wurde angenommen: 22 dafür, 5 dagegen, 6 Enthaltungen

Änderungsantrag für Gelder zu Antirassismusschulung angenommen: 27 ja, 1 nein, 6 Enthaltungen

**Resolution angenommen: 18 ja, 2 nein, 4 Enthaltungen, von 45**

## Resolution gegen Schikane

Wortbeiträge:

- "Bestrafung" bei Schikane konkretisieren, weitere Schritte einleiten - Gespräche mit Diskriminierungsbeauftragten
- Vorschlag, den Punkt zur Bestrafung von Dozierenden rauszunehmen -> wird von der antragstellenden Person angenommen

**Resolution angenommen: 17 ja, 2 nein, 10 Enthaltungen, von 39**

## Raum für offene Diskussion und Vernetzung

### Kritik am Bafög

Bafög-Beratung im AstA:

- Forderungen in eine politische Praxis übersetzen; solidarische und parteiische Beratung (anders als Studierendenwerk), erreichbar per E-Mail
- Probleme im Bafög-System nicht neu, aber durch Corona verschärft, leistungsorientierte und neoliberale Gesetzgebung, die Menschen ohne ausreichende Ressourcen vom Studium abhält: hoher bürokratischer Aufwand, unsensible Kommunikation durch Sachbearbeiter:innen (keine offene Sprechstunde mehr), hohe Anforderungen (z.B. Regelstudienzeit), Abhängigkeit von den Eltern, zu wenig Geld und zu wenige Freibeträge im Verhältnis zum Berliner Wohnungsmarkt, diskriminierende Vorfälle und Gesetzgebung (v.a. gegen Menschen mit Behinderung oder psychischer Krankheit und ausländische Studierende)
- Kontakt: [bafogberatung@astafu.de](mailto:bafogberatung@astafu.de)
- BMBF feiert das Jubiläum trotz dieser Probleme, aber kritische Kampagne vom Freien Zusammenschluss Studierendenschaften, die politischen Druck auf Verantwortliche auszuüben

- Infos: <https://bafoeg50.de/>
- FU-interne Telegram-Gruppe als Impuls zur politischen Vernetzung, weitere Aktionen planen: <https://t.me/joinchat/L4IBDVYq9F8xNDk6>
- Vorschlag, im Aktionskomitee eine AG zur Studienfinanzierung zu bilden, Vernetzung mit anderen Hochschulen; weist auf Zusammenhang zu verschiedenen Diskriminierungsformen hin

### Personalrat der studentischen Beschäftigten

- Beratung für studentische Beschäftigte, Beratungsangebote des Personalrats und des AStA sollen zusammenarbeiten; begrenzte Übersicht, daher dankbar für Kommunikation von Eindrücken aus verschiedenen Fachbereichen
- <https://www.fu-berlin.de/sites/prstudb/index.html>
- E-Mail: [prstudb@fu-berlin.de](mailto:prstudb@fu-berlin.de)

### Deutsche Wohnen Enteignen FU-Gruppe:

- Unterstützung der Resolution zu Deutsche Wohnen Enteignen - nach dem Ende des Mietendeckels, jetzt erst recht enteignen; Aufruf, sich an DWE zu beteiligen - Unterschriften werden heute und morgen in Reinickendorf und Pankow gesammelt, im Enteignungsblock am 1. Mai wird mobilisiert
- Anmerkung Zustimmung, stark machen für entschädigungslose Enteignung

### Hochschulpolitisches Engagement:

- Einladung zum Arbeitskreis Hochschulpolitik, Mitte/Ende Mai ein größeres Treffen
- Aufruf zu Engagement in den Fachschaftsinitiativen

**Vollversammlung beendet, weiteres Engagement wichtig, vor allem im Aktionskomitee**